Das „Einverständnis der Regierten“

In der modernen Welt wird die Sklaverei fast überall verurteilt. Dennoch ist die Beziehung zwischen einer als solchen empfundenen „Autorität" und dessen Untertan der Beziehung zwischen einem Herren (Besitzer) und einem Sklaven (Besitz) sehr ähnlich. Diejenigen, die an eine „Autorität" glauben, wollen das nicht zugeben und sind darauf konditioniert, falsche Zusammenhänge auswendig zu lernen und immer wieder zu wiederholen. Diese wurden dazu geschaffen, die tatsächliche Situation zu verbergen. Ein Beispiel hierfür ist der Ausdruck „Einverständnis der Regierten".

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, wie Menschen interagieren können: freiwillig in gegenseitigem Einverständnis oder unfreiwillig durch Ausübung von Gewalt und Zwang durch eine Einzelperson oder durch eine Gruppe von Menschen. Diese beiden Möglichkeiten - freiwilliges Einverständnis und Herrschaft - schließen sich gegenseitig aus. Wenn jemand einen Menschen gegen dessen Willen mit Gewalt zu etwas zwingt, kann keine „Zustimmung" und kein „Einverständnis" des Betroffenen vorliegen. Die eine Seite beherrscht oder „regiert" die andere. Wenn „regiert" wird, gibt es kein Einverständnis.

Manche behaupten, dass ein Einverständnis dadurch vorliegt, dass eine Mehrheit oder „das Volk", sein Einverständnis dazu gegeben hat, „regiert" zu werden. Ob Einzelpersonen einverstanden sind oder nicht, soll keine Rolle spielen. Das aber stellt das Konzept des Einverständnisses auf den Kopf. Niemand kann sich im Namen eines anderen ohne dessen ausdrückliche Zustimmung mit etwas einverstanden erklären. Egal ob es sich dabei um Einzelpersonen, Gruppen oder die „Mehrheit" handelt. Wenn A im Namen von B ohne dessen Zustimmung C das Recht einräumt, B zu berauben, so gibt es kein Einverständnis von B.

Genau diese in sich vollkommen widersprüchliche Vorstellung ist die Grundlage des religiösen Glaubens an die „Demokratie": Eine Mehrheit kann angeblich ihr Einverständnis im Namen einer Minderheit geben, beherrscht zu werden. Die Betroffenen sind alles andere als „einverstanden". Auch wenn jemand dumm genug ist, zu sagen: „Ich bin einverstanden damit, dass du mich gewaltsam beherrschst", gibt es in dem Moment, wenn ein Befehl erteilt wird, offensichtlich kein „Einverständnis" mehr. Vor diesem Zeitpunkt gab es kein „Regieren" - nur freiwillige Kooperation. Die Widersprüchlichkeit wird offensichtlich, wenn man es wie folgt ausdrückt: „Ich bin damit einverstanden, dass du mich zu etwas zwingst, egal, ob ich damit einverstanden bin oder nicht."

In Wirklichkeit gibt es niemanden, der denjenigen an der „Regierung" wirklich alles erlauben würde. Deshalb fügen die Autoritätsgläubigen mit dem „impliziten Einverständnis" ein weiteres Element hinzu, um ein „Einverständnis" herzustellen, wo es gar keines gibt: Sie behaupten, dass allein die Tatsache, in einer Stadt, einem Bundesland oder einem Land zu leben, dafür ausreicht, dass man mit allen Regeln „einverstanden" ist, die darin gelten. Mit den Regeln, die von den

Menschen festgelegt wurden, die behaupten, das Recht dazu zu haben, über diese Stadt, das Bundesland oder das Land zu herrschen. Autoritätsgläubige empfehlen Menschen, die diesem angeblichen impliziten Einverständnis widersprechen, die Stadt, das Bundesland oder das Land zu verlassen. Wer bleibt, stimme zu, von den Herrschern auf dem Gebiet innerhalb des Geltungsbereichs ihrer Regeln beherrscht zu werden.

Obwohl dieses ununterbrochen wiederholt wird, widerspricht es jedem gesunden Menschenverstand. Es ist genauso absurd wie wenn ein Fahrraddieb einen Fahrradfahrer an einem Dienstag anhält und zu ihm sagt: „Weil du an einem Dienstag hier in diesem Stadtviertel herumfährst, erklärst du dich damit einverstanden, dass du mir dein Fahrrad geben musst."

Ein Mensch kann für einen anderen nicht entscheiden, womit dieser einverstanden ist oder nicht. Eine Vereinbarung und ein Einverständnis gibt es nur dann, wenn zwei oder mehr Menschen freiwillig einander zustimmen, einen Sachverhalt gemeinsam zu regeln. Einfach nur irgendwo geboren zu sein bedeutet nicht, sich mit irgendetwas einverstanden erklärt zu haben. In seinem eigenen Haus zu leben, das in irgendeinem Gebiet steht, das irgendein König oder Politiker zu seinem Reich erklärt hat, hat nichts mit Einverständniserklärung zu tun.

Jemand, der das Recht dazu hat, die Regeln festzulegen und durchzusetzen, die für eine bestimmte Sache oder einen bestimmten Ort gelten, ist definitionsgemäß der Eigentümer dieser Sache oder des Ortes. Dieser Eigentümer hat das exklusive Recht, zu entscheiden, was mit seinem Eigentum geschieht. Der Eigentümer eines Hauses hat das Recht dazu, andere nicht hineinzulassen. Er hat auch das Recht, Besuchern zu sagen, was sie tun dürfen und was sie zu unterlassen haben, wenn sie sich im Haus aufhalten. Wenn jemand sagt: „wenn du in meinem Auto mitfahren willst, dann darfst du nicht rauchen" oder „du kannst nur reinkommen, wenn du deine Schuhe ausziehst", dann ist das eine vollkommen andere Angelegenheit als zu versuchen, anderen Leuten vorzuschreiben, was sie mit ihrem Eigentum tun dürfen.

Wenn also ein Autoritätsgläubiger einem anderem, der den Befehlen der Politiker nicht gehorchen will, nahelegt, das Land zu verlassen, dann steckt dahinter die Annahme, dass alles innerhalb des „Landes" Eigentum der Politiker sei. Ein Hauseigentümer ist nicht Eigentümer seines Hauses, wenn er vor der Wahl steht, den Politikern zu gehorchen oder zu verschwinden. Auch nicht wenn er das Haus aus eigener Kraft errichtet oder über Jahre hinweg abbezahlt hat. Sein Haus ist einschließlich der Zeit und Lebensenergie, die er in das Haus investiert hat, Eigentum der Politiker. Wenn die Zeit und Lebensenergie eines Menschen einem anderen gehört, dann ist er definitionsgemäß Sklave dieses anderen Menschen. Das „implizite Einverständnis" bedeutet demnach, dass jedes „Land" eine riesige Sklavenplantage ist und dass alles darin einschließlich der Menschen das Eigentum der Politiker ist. Und diese benötigen selbstverständlich keinerlei Einverständnis der Sklaven, um mit ihnen zu machen, was sie wollen.

Kein Staatsgläubiger kann erklären, woher Politiker das Recht haben, sich einseitig und exklusiv zu Eigentümern an tausenden von Quadratkilometern Land einschließlich der darauf bereits lebenden Menschen zu erklären und dementsprechend das Recht auf Herrschaft und Ausbeutung zu beanspruchen. Das wäre ebenso verrückt wie zu sagen: „Ich erkläre hiermit, dass Nordamerika mein rechtmäßiges Eigentum ist, also muss jeder, der hier lebt, das tun, was ich sage. Verschwinde, wenn dir das nicht passt!"

Es gibt auch ein praktisches Problem mit dieser „gehorche oder verschwinde"-Einstellung. Zu verschwinden würde einfach nur bedeuten, dass der Einzelne sich in einem anderen „Land", also auf einer anderen Sklavenplantage wiederfinden würde. Am Ende ist jeder auf der Erde ein Sklave, der sich nur noch aussuchen darf, welchen Herren er dienen soll. Demnach gibt es keine Freiheit. Mit dem immer wieder unterstellten „Einverständnis" hat das überhaupt nichts zu tun.

Der Glaube daran, dass die Politiker Eigentümer von allem und jedem sind, zeigt sich besonders deutlich bei den „Einwanderungsgesetzen". Wenn Menschen eine Erlaubnis eines Politikers dafür benötigen, einen Fuß ins Land zu setzen und das Übertreten einer unsichtbaren Linie zwischen verschiedenen Besitztümern als „Verbrechen" gilt, dann bedeutet das im Umkehrschluss, dass das gesamte Land Eigentum der Politiker ist. Wenn es Menschen nicht gestattet ist, einen „illegalen Einwanderer" zu beschäftigen und mit ihm Handel zu treiben, wenn ihm nicht einmal erlaubt ist, ihn nach Hause zu sich einzuladen, dann hat dieser Bürger Eigentum an nichts und den Politikern gehört alles.

Das „implizite Einverständnis" steht auch im Widerspruch zur Realität. Wenn jemand mit bestimmten Regeln einverstanden ist, müssen ihm diese nicht durch „Vollstrecker" gewaltsam aufgezwungen werden. Vollstreckt wird nur, wenn jemand nicht mit etwas einverstanden ist. Jeder, der Augen im Kopf hat, kann deutlich sehen, dass eine „Regierung" ständig gegen den Willen vieler Menschen handelt. Angesichts der unzähligen Polizisten, Kommissare, Regulierer, Grenzschützer, Drogenpolizisten, Staatsanwälte, Richter, Soldaten und die ganzen anderen „Vollstrecker" des „Staates" und seiner „Regierung" ist es vollkommen lächerlich zu behaupten, dass die „Regierung" mit dem „Einverständnis" der „Regierten" handelt. Den Machthabern ist es egal, ob die Betroffenen mit deren „Gesetzen" einverstanden sind oder nicht. Die Befehle der Politiker werden durchgesetzt. Wenn nötig mit roher Gewalt und mit oder ohne Einverständnis des Einzelnen.

Revision #1
Created 16 October 2025 18:51:22 by investigatione
Updated 16 October 2025 19:05:20 by investigatione